Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Jürgen Lemmer 563 2679 563 8576 juergen.lemmer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	04.02.2019
	Drucks.-Nr.:	**VO/0131/19** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
12.02.2019	**Integrationsrat**	**Beschlussempfehlung**
19.02.2019	**Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW**	**Beschlussempfehlung**
20.02.2019	**Hauptausschuss**	**Beschlussempfehlung**
25.02.2019	**Rat der Stadt Wuppertal**	**Entscheidung**

Gewährung eines Zuschusses für die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. zur Umsetzung des Handlungsprogramms gegen Rechts

Grund der Vorlage

Ausscheiden des Geschäftsführers der Initiative

Beschlussvorschlag

1. Der Rat beschließt die Förderung der Initiative durch einen jährlichen Personalkostenzuschuss in Höhe von 40.000,- €
2. Als sachlichen Zuschuss werden der Initiative zwei eingerichtete Büros zur Verfügung gestellt

Einverständnisse

Der Kämmerer ist einverstanden

Unterschrift

Dr.Kühn

Begründung

Im Jahr 2001 wurde die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. (Initiative) durch den damaligen Oberbürgermeister und seine/n Stellvertreter/innen gegründet.

Auf der Basis eines Ratsbeschlusses im gleichen Jahr, leistet sie seitdem wesentliche Teile der Arbeit gegen Rechtsextremismus in Wuppertal. Der bisherige Geschäftsführer, Herr Goecke, wurde für diese Aufgabe als städtischer Mitarbeiter mit Stellenanteilen freigestellt.

Herr Sebastian Goecke hat aus persönlichen Gründen die Geschäftsführung des Vereins nun, nach 17 Jahren intensiver Arbeit im Themenfeld, abgeben. Er nimmt zwischenzeitlich neue Aufgaben im Ressort Zuwanderung und Integration wahr.

Die Arbeit der Initiative gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie für Demokratieerziehung ist für die Stadt Wuppertal unverzichtbar. So nimmt sie beispielsweise derzeit die Aufgabe der “Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“ im Auftrag des Landes NRW im Regierungsbezirk Düsseldorf wahr. Zudem setzt die Initiative im kommunalen Auftrag in Wuppertal die Projektlinie „Demokratie leben!“ und „NRWeltoffen“ um. Um diese Aufgabenwahrnehmung weiterhin sicher zu stellen, soll die bisher freigestellte Personalstelle durch den angegebenen finanziellen und sachlichen Zuschuss ersetzt werden.

Nach Zustimmung des Rates wird die Verwaltung eine entsprechende Vereinbarung treffen, die den Zuschuss und die Leistungen der Initiative im Rahmen der Umsetzung des Handlungsprogramms für Demokratie und Toleranz regelt.

Kosten und Finanzierung

Die Mittel werden in 2019 aus dem Budget des Ressorts 204 bereitgestellt.